

Vorlage für die Sitzung des Senats am 15.11.2022

„Die WM in Katar ist keine wie jede andere“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft))

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Wird es zur Fußball-WM der Männer in Katar, die wegen den viele tausend toten Arbeiter*innen im Zuge der Stadionbauten, der Korruption bei der FIFA, der Menschenrechtsslage in Katar, den klimafeindlichen Rahmenbedingungen und den offiziellen Niederlassungen von Hamas und Taliban in Katar kritisiert wird, eine öffentliche organisierte oder auf Flächen im Verantwortungsbereich des Senates umgesetzte Übertragung der entsprechenden Spiele in Bremen (Public Viewing) geben?
2. Liegen dem Senat noch zu bearbeitende Anträge auf Genehmigung von Lokalitäten oder finanzielle Förderung für Public Viewings vor?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, für zukünftige Vergaben – wie zuletzt bei der WM an Katar oder die der asiatischen Winterspiele an Saudi-Arabien -, bundespolitisch auf ein Umdenken hinzuwirken?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Zur Fußball-WM in Katar wird es keine öffentlich organisierten oder auf Flächen im Verantwortungsbereich des Senates umgesetzte Übertragung der entsprechenden Spiele in Bremen (Public Viewing) geben.

Zu Frage 2:

Soweit mit einer Veranstaltung eine Straßenbenutzung einhergeht, ist eine straßenrechtliche Sondernutzungserlaubnis beim Ordnungsamt Bremen einzuholen. Dem Ordnungsamt liegen bisher keine entsprechenden Anträge vor.

Zu Frage 3:

Der Senat setzt sich für faire und nachhaltige Sportgroßveranstaltungen ein, die auch die Rechte der Arbeitnehmer:innen vor Ort schützen. Auf die Vergabepaxis der FIFA hat der Senat allerdings keinen Einfluss. Der Senat teilt die Bedenken hinsichtlich des Klimaschutzes, der Wahrung der Arbeitnehmer*innenrechte und des Arbeitsschutzes, die im Zuge der WM in Katar von Verbänden, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften geäußert worden sind und wird sich auf Bundesebene für ein Umdenken bei entsprechenden Vergaben von Großveranstaltungen einsetzen.

C. Alternativen

keine

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Beantwortung der Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft hat weder finanzielle und personalwirtschaftliche noch genderspezifische Auswirkungen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Senatsvorlage ist mit dem Senator für Inneres abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist nach Beschlussfassung durch den Senat zur Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister geeignet

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa vom 07.11.2022 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.